

hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag

Ausgabe 02/2019



DER KLIMAWANDEL WARTET NICHT



BRÜCKEN

Legale Fluchtwege schaffen

3

BRAND

Waldbrand bei Plaue

5

BUCHEN UND EICHEN

Naturnahe Waldwirtschaft
am Ettersberg

9

Liebe Leserinnen und Leser,



der Hitzesommer aus dem vergangenen Jahr ist uns allen noch gut im Gedächtnis. Die Folgen für Mensch und Umwelt waren teilweise verheerend, die Schäden in Landwirtschaft und den Wäldern gravierend. Der Klimawandel lässt uns seine Folgen mittlerweile hautnah spüren. Deshalb werden – neben der weiteren Bekämpfung des Klimawandels – die Anpassungen an seine unaufhaltsamen Folgen immer wichtiger.

Plaue im Ilmkreis traf es in diesem Jahr schon besonders hart. Erst kam es zu **Waldbränden** im Kommunalwald, kurz darauf zu **Überschwemmungen**. Dass es nicht ausreicht, die Schäden durch finanzielle Hilfe zu kompensieren, liegt auf der Hand. Was es aus unserer Sicht braucht, um den Folgen des Klimawandels in Land- und Forstwirtschaft langfristig etwas entgegenzusetzen, lesen Sie in dieser Ausgabe.

Zum Thema klimastabiler Wald veranstaltete die bündnisgrüne Fraktion eine Waldbegehung am Ettersberg bei Weimar mit anschließendem Fachgespräch. Unter dem

Titel **„Naturnahe Waldbewirtschaftung“** für Thüringen diskutierten etwa 100 Interessierte, wie Naturschutz und Forstwirtschaft in Einklang gebracht werden können und der Wald resistenter gegen Folgen des Klimawandels gemacht werden kann.

Der Waldbrand in Plaue hat noch etwas anderes gezeigt: Auch unserer **Feuerwehren** müssen sich wohl auf mehr Waldbrände einstellen. Besonders die erschwerten Bedingungen beim Löschvorgang im Wald stellen die Feuerwehrleute und Rettungskräfte vor Herausforderungen. Im Gespräch mit Feuerwehrleuten vor Ort wurde klar, wie die Politik die Arbeit der Feuerwehr in solchen Fällen verbessern kann.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind global spürbar. In Teilen der Welt begeben sich bereits jetzt viele Menschen auf die Flucht, weil ihre Lebensgrundlage weggebrochen ist oder sie durch extreme Wetterlagen ihr Zuhause verloren haben. In den kommenden Jahren ist zu befürchten, dass sich diese Zahl weiter erhöhen wird. Für uns ist klar, dass die europäische **Abschottungspolitik vor Geflüchteten**, der falsche Weg ist.

Der Klimawandel hat einen erheblichen Anteil am **Artensterben**. Mittlerweile wurde die Gefahr, die vom Artensterben auch für den Menschen besteht, erkannt. In diesen hinterGRÜNden finden Sie auf unserer Doppelseite Tipps und Infos, wie alle einen Beitrag zum Einsatz gegen das Artensterben leisten können.

Im Sozialbereich beschäftigen wir uns weiterhin damit, echte Teilhabe für alle Menschen zu schaffen. Dazu braucht es aus unserer Sicht vor allem einen **Abbau von Barrieren** – egal ob Bordsteine oder in den Köpfen vieler Menschen. Dafür setzen wir uns weiterhin ein, geben aber auch einen kleinen Überblick über das schon Erreichte.

Die **Enquete-Kommission „Rassismus“** steht kurz vor dem Abschluss. Derzeit wird der Abschlussbericht erarbeitet. Wir zeigen, welche Ergebnisse aus der Arbeit der Kommission nun in konkrete Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von Rassismus umgesetzt werden sollen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen unserer Fraktionszeitung!

Ihr Dirk Adams
Fraktionsvorsitzender

Inhalt

Editorial	2
Flucht vor dem Klimawandel	3
Bundesweit einmalig:	
Flatrate für Videodolmetschen	3
Die Dürre und ihr Ende mit Schrecken	4
Vor-Ort-Besuch nach Waldbrand in Plaue	5
Vielfalt bewahren	6
Enquete-Kommission „Rassismus“ legt Abschlussbericht vor	8
Naturnahe Waldwirtschaft – Ein Modell für Thüringen?	9
Barrieren müssen weichen	10
Termine – Rück- und Ausblick	11

FLUCHT VOR DEM KLIMAWANDEL



Das Weltklima ändert sich rasant und zahllose Menschen leiden massiv darunter. Steigende Meeresspiegel, Überschwemmungen, Dürren und Bodenversalzung sind nur einige der dramatischen Folgen des menschengemachten Klimawandels. Besonders betroffen sind Asien, Afrika und Südamerika. 24 Millionen Menschen verlieren dort jedes Jahr ihr Zuhause wegen der Auswirkungen extremer Wetterlagen. Durch den Anstieg des Meeresspiegels sind weitere hundert Millionen Menschen bedroht. Man darf dennoch der populistischen Warnung vor der großen Völkerwanderung nicht auf den Leim gehen. Die Folgen von Klimaflucht sind vor allem in der Binnenmigration vom ländlichen Raum durch Zuzug in die Slums der Megastädte zu beobachten. Nur ein Bruchteil der Betroffenen schafft es bekanntlich bis zu uns in die westlichen Industrienationen.

Für uns ist klar, dass die europäische Abschottungspolitik niemals die richtige Antwort auf die Flucht vor den Klimafolgen sein kann. Vielmehr braucht es endlich einen

ambitionierten europäischen Klimaschutz, eine andere Subventions- und Handelspolitik und eine humanitäre europäische Flüchtlingspolitik mit sicheren und legalen Fluchtwegen. Thüringen kann dazu einen Beitrag leisten. So schlagen wir vor, dass Thüringen zusammen mit den anderen Ländern und dem Bund ein Aufnahmeprogramm für aus Seenot gerettete Geflüchtete auflegt und Städte dabei unterstützt, sicherer Hafen für aus Seenot Gerettete zu werden. Das Sterben im Mittelmeer muss ein Ende haben. Unsere Hochachtung gilt den privaten und gemeinnützigen Seenotrettungsinitiativen, die derzeit als einzige handeln, während Europa wegschaut.



BUNDESWEIT EINMALIG: FLATRATE FÜR VIDEOLOLMETSCHEN

Seit Mai können in ganz Thüringen Behörden, Krankenhäuser, Beratungsstellen, Frauenhäuser, Vereine und viele weitere Einrichtungen, die mit neu Zugewanderten arbeiten, eine durch das Land finanzierte Flatrate für Audio- und Videodolmetsch-Leistungen (VDL) nutzen.

Damit setzen wir in Thüringen einen wichtigen Baustein des Thüringer Integrationskonzeptes um. Die Teilhabe über Spra-

che, Arbeit und Bildung sind für die Integration und ein gelingendes Zusammenleben grundlegende Voraussetzungen. Für uns ist die VDL-Flatrate ein gutes Beispiel dafür, wie das Land die Menschen vor Ort unbürokratisch in ihrer alltäglichen Arbeit unterstützen kann. Sprachbarrieren erzeugen immer wieder neue Schwierigkeiten und Unsicherheiten auf allen Seiten. Derzeit setzen wir uns in Zusammenhang mit dem Haushalt für das Jahr 2020 dafür ein, dass die Finanzierung der VDL-Flatrate dauerhaft gesichert wird.



DIE DÜRRE UND IHR ENDE MIT SCHRECKEN



Plaue im Ilm-Kreis hat es noch nie einfach gehabt. Die Annalen verzeichnen immer wieder schwere Überschwemmungen. Kein Wunder, denn die kleine Stadt liegt am Zusammenfluss von Wilder und Zahmer Gera am Fuße des Thüringer Waldes. Wenn dort die berüchtigte 5B Wetterlage warme, feuchte

gesättigte Luft vom Mittelmeer über den Balkan nach Deutschland leitet, staut sich diese und es kann über Stunden und Tage wie aus Eimern schütten.

Feuer und Wasser in Plaue

Doch im April dieses Jahres erlebten die Menschen in Plaue nach 13 Monaten extremer Dürre und 28 Grad etwas seit Menschengedenken nicht dagewesenes: Einen Waldbrand, der sich in Windeseile über mehrere Hektar ausdehnte und sogar die Wipfel der dort in Monokultur angebauten Kiefern erfasste. Nur dem glücklichen Umstand, dass der Wind nachließ und am Brandherd ein Trinkwasserspeicher für die Feuerwehren zur Verfügung stand, ist es zu verdanken, dass keine Häuser evakuiert werden mussten. Plaue kam mit einem Schaden im Gemeindewald von einer viertel Million Euro davon.

Im Mai regnete und hagelte es dann – wie aus Eimern. So stark, dass noch am nächsten Tag die Körner flächig auf den Wiesen lagen. Keller wurden überschwemmt. Straßen unbefahrbar. Nur die Bahn kam gerade noch so durch.

Es bestätigt sich, was die Klimaforscher für Thüringen vorhersagen: Alte Plagen treten vermehrt auf und neue kommen dazu. Das Risiko ist schon jetzt doppelt so hoch, wie noch vor 30 Jahren.

Land- und Forstwirtschaft müssen umdenken

Land- und Forstwirt*innen sind alarmiert. Das Land und der Bund stehen ihnen mit Millionenhilfen zur Seite. Doch das reicht nicht und kann nicht zum Normalfall werden.

Wir tragen deshalb als Land einerseits unseren Teil zur Bekämpfung des Klimawandels bei und helfen andererseits, dass sich die vom Wetter abhängigen Betriebe für die neue Situation rüsten.

Derzeit baut die dem Umweltministerium unterstellte Thüringer Fernwasserversorgung etwa eine Leitung aus dem Thüringer Wald aus, die Wasser für die Ackerflächen im Thüringer Becken bereitstellt. Ohne eine solche Bewässerung wären letztes Jahr die Kartoffeln nicht gewachsen. Besonders der Gemüseanbau und der Obstbau an den Fahner Höhen wird von diesen Maßnahmen mehr Sicherheit für die Planung erhalten.

Zudem erörtern wir in der Regierung derzeit, wie neben einer bereits vorhandenen Hagelversicherung auch Dürre und Spätfröste bezahlbar versichert werden können.

In Plaue wurde derweil alles aufgeräumt. Die Keller trocknen und im Wald zeigt sich wieder erstes zartes Grün.



Beregnungsanlage auf einem Feld im Thüringer Becken

VOR-ORT-BESUCH NACH WALDBRAND IN PLAUE



Der Klimawandel und seine Folgen beschäftigen alle Felder der Politik, so auch die Innenpolitik. Das zeigte sich besonders als es bereits im Frühjahr einen großen Waldbrand bei Plaue gab. Knapp zehn Hektar Wald brannten. Die Löscharbeiten zogen sich hin.

Um sich ein Bild vor Ort zu machen, fuhr Dirk Adams, innenpolitischer Sprecher der Fraktion, nach dem Brand nach Plaue und begutachtete die Schäden im Wald gemeinsam mit dem Bürgermeister von Plaue Jörg Thamm (CDU), Stadtbrandmeister Jörg Dimitrovici und Chris Freise, Leiter des Forstamtes Erfurt-Willrode.

Der Wald verbreitete zu diesem Zeitpunkt immer noch einen beißenden Brandgeruch, der Boden war schwarz, fast alle Bäume in dem Bereich tot. Dass der Wald so früh im Jahr und so stark brannte, ist ein neues Phänomen, welches sich unter anderem auf den vorangegangenen trockenen Sommer, aber auch die Waldstruktur zurückführen lässt. In dem Gespräch machte Chris Freise deutlich, dass der Wald beim Aufforsten stärker durchmischt werden soll, um eine Brandentstehung in Zukunft zu erschweren.

Dennoch werden wir uns an Waldbrände mit Fortschreiten des Klimawandels gewöhnen müssen und uns auf die Bekämpfung einstellen. Die Feuerwehr ist mit Gerät bereits gut ausgerüstet, dennoch gibt es noch Verbesserungsbedarf: Unter anderem machte Stadtbrandmeister Dimitrovici darauf aufmerksam, dass der Zugriff auf digitales Kartenmaterial vereinfacht und verbessert werden muss, damit die Einsatzkräfte zum Beispiel wissen, welche Wege im Forst sie mit welchen Fahrzeugen nutzen können und welche nicht. Aber auch die Ausrüstung mit sogenannten Feuerpatschen

MEIN KOMMENTAR ZUR KOMMUNALWAHL



„Wir gratulieren allen gewählten Kommunalpolitiker*innen in Thüringen – ganz besonders natürlich den grünen Mandatsträger*innen. Erstmals sind wir Bündnisgrüne in allen Kreistagen und den Stadträten der kreisfreien Städte vertreten. Diese lokale Verankerung ist wichtig, um Politik vor Ort umsetzen zu können und in der Fläche sichtbar zu sein. Als Sprecher für Kommunalpolitik freue ich mich darauf, zusammen mit den Kommunalpolitiker*innen zu arbeiten und die Kommunen in Thüringen weiter voranzubringen.“

zum Ausschlagen von Bränden und Löschrucksäcken muss berücksichtigt werden.

Ein großes Ärgernis war, dass Thüringen bei diesem Brand leider immer noch keinen eigenen verfügbaren Hubschrauber zum Löschen aus der Luft verfügbar hatte. Inzwischen ist der neue Hubschrauber der Thüringer Polizei endlich in der Lage auch Brände aus der Luft zu bekämpfen. Dennoch sollte aus unserer Sicht ein weiterer, größerer Hubschrauber des Bundes in Mitteldeutschland stationiert werden, damit dieser schnell bei Waldbränden in Thüringen eingesetzt werden kann.

Auch im innenpolitischen Bereich gibt es also noch viel zu tun, um den Folgen des Klimawandels wirkungsvoll zu begegnen. Dass es dabei nicht nur um Brandbekämpfung geht, zeigte sich wiederum ein paar Wochen später in Plaue, als starke Regenfälle große Teile Plaues unter Wasser setzten – auch hier war wieder die Feuerwehr gefordert.

Unser großer Dank gilt den vielen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Feuerwehrmännern und –frauen aus vielen Gemeinden Thüringens, die verhindert haben, dass bei diesem Brand schlimmeres passierte.



Der Wald nach dem Brand im Kommunalwald in Plaue



VIEL- FALT BEWAHREN



GLOBAL DENKEN

Natural born Killer: Palmöl

Wer auf Schokoaufstriche steht, sollte auf die Inhaltsstoffe achten, denn diese enthalten häufig Palmöl. So wie auch viele Fertigprodukte. Was viele nicht wissen: Aufgrund der steigenden Nachfrage wird für die Palmölplantagen immer mehr Regenwald gerodet. Und damit schwindet Lebensraum für selten gewordene Arten. Nach Angaben der UN könnte es auf Borneo in 20 Jahren keine Orang Utans mehr geben. Auch Biodiesel enthält Palmöl – dafür wird in Deutschland das meiste Palmöl verbraucht. Deshalb lieber mal das Auto stehen lassen und mit Fahrrad und Bahn fit bleiben.

Flohmarkt-Schätzle

Auf der Insel Borneo, die zu Indonesien und Malaysia gehört, ist in den letzten 50 Jahren fast die Hälfte der Regenwälder verschwunden. Hauptsächlich, um Holz zu exportieren. In Asien zerstört das bis zu zwei Drittel der gesamten Vegetation, nur um ein paar Baumarten aus dem Wald zu schlagen, mit denen Geld verdient werden kann. Das gilt auch für viele afrikanische Länder. Deshalb sollte man beim Kauf von Möbeln & Co auf Tropenholz verzichten – es gibt viele gute Alternativen aus heimischen Holzarten, deren Reiseweg dann auch deutlich kürzer und klimafreundlicher ist. Oder einfach gleich nach gebrauchten Unikaten schauen.

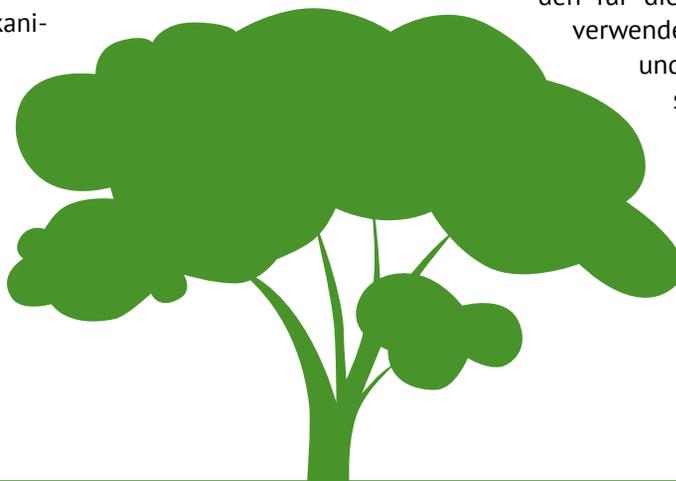
Auf'm Klo

Der Knackpunkt: Zellstoff. Klopapier, Kopierpapier und Kinderbücher aus Urwaldbäumen müssen wirklich nicht sein. Das Siegel des Blauen Engel „aus 100% Altpapier“ kann dabei eine gute Hilfe sein, das richtige Klopapier zu finden. Denn Analysen zeigen, dass Tropenholz auch in unseren Papierprodukten landet – oder sie stammen von Zellstoffplantagen, für die zuvor Regenwald weichen musste. Also lieber konsequent mit Recyclingpapier arbeiten, dann ist das tägliche Geschäft auch keine Gefahr für unsere Artenvielfalt.

Lang lebe die Langlebigkeit

In Elektronikartikel wie Smartphones, Tablets, LEDs werden Bodenschätze aus dem Regenwald verarbeitet.

Deshalb unser Tipp: beim Kauf von Elektronik auf Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Austauschmöglichkeit achten. Die Metalle Tantal und Kupfer werden für die Herstellung von Akkus verwendet und auch Kobalt, Zinn und Aluminium sind Bestandteile unserer Mobiltelefone. Auch deren Abbau zerstört häufig großflächig Lebensräume von Tieren in tropischen Regionen.



Der Bericht des Biodiversitätsrates aus dem Mai ist vielen Menschen noch im Gedächtnis. Sein Inhalt ist alarmierend. Das Sterben der Arten weltweit schreitet weiter mit großen Schritten voran. Manche Expert*innen sehen darin gar eine größere Katastrophe für die Welt als im Klimawandel.

Wir geben nützliche Tipps und Infos, wie alle ihren Beitrag zum Erhalt der Arten leisten können – vom bunten Gärtchen bis zum Klopapier.



LOKAL HANDELN



Tu ma lieber die Möhrchen

Industrielle Tierhaltung ist und bleibt ein Klima- und Artenkiller. Das hat verschiedene Gründe. In vielen Regionen wird Regenwald für Viehweiden gerodet. Zudem bedroht der Anbau von Futtermitteln in Monokulturen unter hohem Pestizideinsatz viele Tier- und Pflanzenarten – besonders Insekten – und trägt zur Zerstörung etlicher Ökosysteme bei. Deshalb lieber mal auf die ein oder andere Bratwurst verzichten und sich über die Haltung der Tiere informieren.

Ein Gärtchen wie Monet

Wildblumen und Gräser im eigenen Garten sollten nicht nur aus ästhetischen Gründen wachsen dürfen. Zahlreiche Insekten und Kleintiere finden Nahrung und Unterschlupf. Wiesen sollten deshalb nur zweimal im Jahr gemäht werden. Mit Hecken und Steinmauern kann man ebenfalls verschiedenen Arten Schutz gewähren. Vögel finden Nistplätze, um sich vor Katzen und Greifvögeln zu schützen. Insekten und Eidechsen finden zwischen Steinen ebenfalls großartige Rückzugs- und Lebensräume.

In guter Gesellschaft

Bienen, Hummeln und Schmetterlinge bevorzugen nektar- und pollenreiche Pflanzen: Hohes Eisenkraut, Rosmarin, Salbei, Schnittlauch, Lavendel oder Akelei. Wild- und Wiesensaatgut holt die Artenvielfalt heran. Auch ein Gartenteich bietet Lebensraum für Fische, Insektenarten, Frösche und Molcharten. Wer einen etwas größeren Garten besitzt, der sollte auf Streuobstwiesen mit unterschiedlichen Obstbäumen setzen, die zu verschiedenen Zeiten blühen und Früchte tragen. Insekten, Vögel, kleine Säugetiere, Amphibien und Reptilien finden so Nahrung.

Bee careful

Im heimischen Garten sollte auf chemisch-synthetische Keulen verzichtet werden. Unkraut kann gejätet werden. Und die richtige Standortwahl sorgt für gesunde Pflanzen, die gar nicht erst von Schadinsekten befallen werden. Mit biologischen Pflanzenjauchen können die Abwehrkräfte gestärkt werden. Sollten die geliebten Pflänzchen einem Insektenangriff unterliegen, dann lieber mechanisch eingreifen: Absammeln oder Abwaschen der ungeliebten Insekten hilft oftmals schon. Außerdem fressen Nützlinge



wie Marienkäfer, Erdkröte oder Igel die Schädlinge wie Blattläuse, Milben und Schnecken. Wichtig ist es daher, den Nützlingen eine Umgebung zu bieten, in der sie sich wohlfühlen. Dabei kann auch ein Insektenhotel helfen.

Support your local dealer

Der letzte Tipp zum Schutz der Biodiversität: Lebensmittel ums Eck und bestenfalls aus ökologischem Landbau kaufen. Beim Biolandbau werden keine chemisch-synthetischen Pestizide und Mineraldünger eingesetzt. Diese Art von Landwirtschaft ist insektenfreundlich und fördert die Artenvielfalt. Mit dem Kauf solcher Produkte werden Landwirt*innen unterstützt, die sich dem Schutz von Wildbienen, anderen Insekten und generell der Biodiversität in unserer Agrarlandschaft verschrieben haben.





ENQUETE-KOMMISSION „RASSISMUS“ LEGT ABSCHLUSSBERICHT VOR



Die als eine der Konsequenzen aus dem NSU-Komplex eingerichtete Enquete-Kommission „Rassismus“ wird nach zwei-jährigen Beratungen noch vor der Sommerpause die Anhörungen abschließen und im Herbst ihren Abschlussbericht vorlegen.

Die Kommission hat den Auftrag Konzepte zur Zurückdrängung von Rassismus und Diskriminierungen zu entwickeln und entsprechende Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Als Bündnisgrüne werden wir dabei darauf achten, dass die Formulierungen der Empfehlungen eine gute Grundlage für eine künftige Umsetzung bieten und nicht nur als folgenlose Absichtserklärungen daherkommen. Denn nur ein konkretes Maßnahmenpaket wird geeignet sein, Rassismus, Diskriminierungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen wirksam zu bekämpfen.

Die Kommission wird zunächst auf der Grundlage des bisherigen Anhörungsverfahrens noch über geeignete Maßnahmen diskutieren. Einige Maßnahmen können wir als Bündnisgrüne aber bereits jetzt als unverzichtbar einstufen: Dazu gehören beispielsweise die Etablierung einer unabhängigen, niedrighschwelligten und möglichst flächen-

Rassismus/Rassendiskriminierung: jede auf der Vorstellung von „Rasse“, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder dem Volkstum beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird.

(Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung)

deckenden Beratungs- und Beschwerdestruktur unter Einbeziehung der gerade erst eingerichteten Landesantidiskriminierungsstelle.

Mit der Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes können diese Strukturen gesetzlich verankert und zusätzlich die Schutzlücken aus dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz geschlossen werden. Im Themenfeld der Polizei halten wir zur Vermeidung von „racial profiling“ eine Überarbeitung des Polizeiaufgabengesetzes für unabdingbar. Außerdem muss die in dieser Legislaturperiode eingerichtete Polizeivertrauensstelle zu einer echten Polizei-Beschwerdestelle weiterentwickelt werden.



MEIN KOMMENTAR ZUR EUROPAWAHL

„Ich freue mich, dass wir den Wahlsonntag vom 26. Mai zum ‚Sunday for Future‘ gemacht haben. Bei dieser Richtungswahl sprachen sich 20,5 Prozent der Deutschen für uns Bündnisgrüne aus und damit für Klimaschutz, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Zusammenhalt. Damit konnten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wahlergebnis mehr als verdoppeln.

Auch in Thüringen sprachen uns mit den erreichten 8,6 Prozent

mehr Wähler*innen ihr Vertrauen aus, als jemals zuvor. Sorge bereitet mir allerdings der anhaltende Rechtsruck. In Thüringen ist die populistische, demokratie- und europafeindliche AfD zweitstärkste Kraft. Dies zeigt einmal mehr, dass Demokratie kein Selbstverständnis ist.

Wir übernehmen Verantwortung und treten mehr denn je für eine starke Europäische Union ein, für Frieden, Demokratie, Menschenrechte, wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Gerechtigkeit.“

NATurnaHE WALDWIRTSCHAFT EIN MODELL FÜR THÜRINGEN?



Die zunehmende Trockenheit der letzten Jahre, das dramatische Fichtensterben, die Frühjahrswaldbrände sowie die zugenommene Mechanisierung der Holzernte rücken den Wald immer stärker in den Fokus der Öffentlichkeit.

Eine besondere Stellung in der Diskussion zwischen engagierten Bürger*innen wie der Bürgerinitiative „Pro Ettersberg“, der Politik und den Bewirtschafter*innen nimmt der Ettersberg bei Weimar ein. Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist deshalb im Mai mit ihrer Fachtagung „Naturnahe Waldwirtschaft – Ein Modell für Thüringen?“ in Schloss Ettersburg konsequent vor Ort gegangen, um zu ergründen wie sich die Ansprüche der Gesellschaft an den Wald künftig besser unter einen Hut bekommen lassen.

Besondere Lage des Ettersberges

Mit einer sehr gut besuchten Exkursion am Vormittag mit mehr als 60 Teilnehmer*innen näherte man sich den besonderen Verhältnissen auf dem Ettersberg an. Denn dort finden sich neben der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald auch die Gedenkorte namenloser Opfer des Nationalsozialismus sowie aus der Nachkriegszeit. Daneben genießt das Schloss Ettersburg mit dem Pückler Schlag als Bestandteil des UNESCO Weltkulturerbe „Klassisches Weimar“ eine besondere Bedeutung. Mit seiner Lage im Thüringer Becken ist der Ettersberg zudem in weitem Umkreis das größte zusammenhängende Waldgebiet, welches vor den Toren Weimars liegt.

Die sehr intensive Waldbewirtschaftung und die Erschließung fast des gesamten Waldes in 20 Meter-Rückegassen haben deshalb viele Menschen aus den Anrainerkommunen verärgert. Daher war es ein großer Erfolg, dass mit einer Petition im Thüringer Landtag für den Kleinen Ettersberg und

„sensible Gebiete“ ab dem Herbst 2018 konkrete Empfehlungen für eine bodenschonende Waldbewirtschaftung und die Reduzierung der Rückegassen durchgesetzt werden konnten. Nach Auffassung unserer Fraktion sind das die Maßnahmen, die künftig zu einer naturnäheren Waldbewirtschaftung für den gesamten Wald in Thüringen gehören sollten.

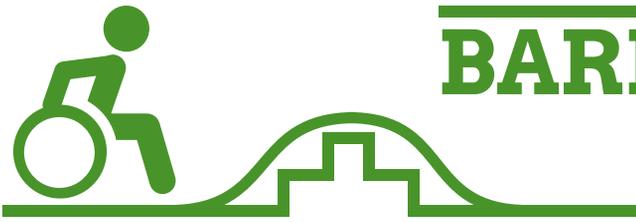
Neuausrichtung der Waldbewirtschaftung notwendig

Am Nachmittag nach der Exkursion beteiligten sich dann über 100 Teilnehmer*innen genau an diesen Fachdiskussionen, die den Blick für klimastabilere Wälder sowie für die vielfältigen Leistungen des Waldes öffneten, die weit über die Holznutzung hinausgehen. Gerade in öffentlichen Wäldern des Landes und der Kommunen besteht der Bedarf für einen engeren Dialog mit den Bürger*innen, die gleichzeitig auch Eigentümer*innen sind. Bestätigt wurde das durch den ehemaligen Göttinger Stadtförster Martin Levin, in dessen Wald Naturschutz und Erholung einen Vorrang genießen, ohne die Holznutzung gänzlich aufzugeben. Ebenso betonte der Leiter der Landeswaldoberförsterei Reiersdorf (Brandenburg) Dietrich Mehl sein Credo eines ausgewogenen „sowohl als auch“, also von Nutzung und Schutz. Ein höheres Niveau an Holzvorrat und Totholz ist für ihn der Schlüssel zur Erhöhung der Brutvogeldichte und zur Erhöhung der Artenzahl im Wald.

Das grüne Fazit aus den weiteren Vorträgen der Naturwald-Akademie, des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen sowie der Bürgerinitiative „Pro Ettersberg“ lautet deshalb, dass Schutz, Erholung und Nutzung in den Thüringer Wäldern eine neue Ausrichtung und ein neues Konzept brauchen. Dafür werden wir uns in den nächsten Jahren mit einem Konzept einer naturnahen Waldwirtschaft einsetzen.



Schloss Ettersburg am Ettersberg bei Weimar



BARRIEREN MÜSSEN WEICHEN



Im Maiplenum wurde der Tätigkeitsbericht des „Beauftragten der Thüringer Landesregierung für Menschen mit Behinderungen“ vorgestellt. Als Sprecherin für Behindertenpolitik macht Babett Pfefferlein deutlich: „Wir müssen diesen Weg weitergehen!“ So muss es noch mehr Anstrengungen

in der Qualität der Versorgung behinderter Menschen geben. Barrierefreie Wohnungen sollten zum einzigen Standard im modernen Wohnungsbau werden. Gute Angebote für gesundheitliche Selbsthilfe müssen gefördert werden. „Eine Gesellschaft ohne Barrieren für alle Menschen können wir nur erreichen, wenn wir Barrierefreiheit, Antidiskriminierung und notwendigen Nachteilsausgleich als Dreiklang betrachten und dafür als Gesellschaft eintreten“, so die Abgeordnete.

Verbesserungen auf den Weg gebracht

Seit 2014 hat sich Rot-Rot-Grün durch zahlreiche Maßnahmen und Gesetze für viele Verbesserungen eingesetzt.



Babett Pfefferlein mit Beschäftigten des Christopheruswerks bei einem Besuch im Landtag

„Ein wichtiger Schritt und für die betroffenen Menschen direkt spürbar war die Verabschiedung des Thüringer Gesetzes zur Einführung des Sinnesbehindertengeldes. Hiermit erhalten Menschen mit Sinnesbeeinträchtigung, also blinde, taube oder taubblinde Menschen einen finanziellen Nachteilsausgleich“, erklärt Babett Pfefferlein. Ebenfalls ein richtiger Schritt auf dem Weg war die Beseitigung von Wahlrechtsausschlüssen. So können auch Menschen in Betreuung endlich ihre demokratischen Rechte wahrnehmen und an Wahlen teilnehmen. „Und wir haben es als Koalition geschafft, im neuen Schulgesetz und Kindertagesbetreuungsgesetz die Notwendigkeit der Inklusion von Anfang an zu verankern, darüber freue ich mich besonders.“

Um in Thüringen ein modernes Teilhaberecht im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention zu realisieren, haben wir das Thüringer Gesetz zur Gleichstellung und Inklusion von Menschen mit Behinderungen überarbeitet. Gleichzeitig wurde auch das Thüringer Gesetz über den barrierefreien Zugang zu den Websites beraten.

Wir arbeiten weiter am Barrierenabbau

„Darauf können wir stolz sein, doch all diese Maßnahmen dürfen nicht dazu führen, dass wir uns zurücklehnen“, mahnt die Gleichstellungspolitikerin. „Es gibt noch viel zu tun, um den inklusiven Gedanken in der Gesellschaft zu verankern und Barrieren – egal ob auf den Bordsteinen oder in den Köpfen – abzubauen. Es muss uns gelingen, diejenigen Menschen mit Behinderungen, die am Arbeitsleben teilhaben wollen, zu ermöglichen, ihren Lebensunterhalt mit Arbeit zu verdienen: ob auf einem offenen Arbeitsmarkt oder in einer Werkstatt mit einem geschützten Arbeitsumfeld.“ Das derzeit gezahlte Werkstattentgelt ist angesichts der Leistung der behinderten Menschen weniger als ein Taschengeld. Damit fehlt nicht nur Geld im Portemonnaie, sondern auch die gesellschaftliche Wertschätzung für die Arbeitsleistung.

„Inklusion heißt für uns Bündnisgrüne, dass Menschen mit Behinderung ihr Leben nicht mehr an vorhandene Strukturen anpassen müssen, sondern dass die Gesellschaft Strukturen schafft, die jedem Menschen eine umfassende Teilhabe ermöglichen.“

RÜCK- UND AUSBLICK



Alle Termine und Infos gibt es auch auf der Internetseite der Fraktion:

► gruenlink.de/gch

2. Mai: Kommunalpolitischer Empfang der Landtagsfraktion

In jedem Jahr veranstaltet die Fraktion einen Empfang zu wechselnden Themen im Landtag. In diesem Jahr stand er unter dem Titel „Kommunalpolitischer Empfang“. Dabei durfte die Fraktion den Stuttgarter Oberbürgermeister Fritz Kuhn als Gastredner begrüßen. Im Anschluss klang der Abend mit einem bunten Rahmenprogramm, gutem Essen, angenehmer Atmosphäre und interessanten Gesprächen im grün beleuchteten Innenhof des Landtags aus.



9. Mai: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

Thüringen hat sich als zweites Bundesland auf den Weg gemacht, um eine paritätische Besetzung von Wahllisten bei Landtagswahlen umzusetzen. Hierzu lud die Fraktion im Mai gemeinsam mit dem Juristinnenbund zum Fachgespräch, zu dem wir auch die Fraktionsvorsitzende der bayerischen grünen Fraktion, Katharina Schulze, begrüßen durften, ein. Der intensive Diskussionsabend machte deutlich, dass wir in Sachen Gleichberechtigung noch einen ordentlichen Weg vor uns haben. Ein erster Schritt muss sein, mehr Frauen in die Parlamente zu bekommen.

27. August: Regenbogenempfang

Zum 6. Mal lädt die Fraktion nun zum Regenbogenempfang in den Thüringer Landtag ein. Regelmäßig diskutieren wir mit Interessierten und Vertreter*innen aus der LSBTIQ*-Szene Aktuelles und Themen und kommen mit ihnen dazu in einen regen Austausch. In diesem Jahr wollen wir die Situationen von Lesben und Schwulen zwischen 1945 und 1989 in Ost- und Westdeutschland beleuchten und aufzeigen welche Erfolge hinsichtlich Respekt und Anerkennung zu verzeichnen sind. Dabei wollen wir auch zeigen, wo der gesellschaftliche Umgang mit LSBTIQ*-Themen und Personen aufgearbeitet werden muss.

DIE ABGEORDNETEN DER FRAKTION



Dirk Adams

Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Innenpolitik und Kommunales

Telefon: 0361/37-72660

E-Mail: dirk.adams@gruene-thl.de



Roberto Kobelt

Sprecher für Bau, Energie, Landesplanung, Naturschutz, Sport, Umwelt, Wohnen, Verkehr und Forsten

Telefon: 0361/37-72692

E-Mail: roberto.kobelt@gruene-thl.de



Astrid Rothe-Beinlich

Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin für Bildung, Jugend, Justiz, Migration, Flüchtlinge, Religion, Rassismus und Aufarbeitung
Mitglied im U-Ausschuss 6/3

Telefon: 0361/37-72663

E-Mail: astrid@rothe-beinlich.de



Babett Pfefferlein

Sprecherin für Arbeit, Familie, Frauen, Gesundheit, Gleichstellung, Petitionen, Soziales und Verbraucherschutz

Mitglied der Strafvollzugskommission

Telefon: 0361/37-72681

E-Mail: babett.pfefferlein@gruene-thl.de



Olaf Müller

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Haushalt und Finanzen, Landwirtschaft, Tourismus und Wirtschaft

Telefon: 0361/37-72674

E-Mail: olaf.mueller@gruene-thl.de



Madeleine Henfling

Stv. Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin für Wissenschaft, Kultur, Medien, Netzpolitik, Datenschutz, Europa u. Strategien gegen Rechtsextremismus
Mitglied im U-Ausschuss 6/1 („NSU“) und Vorsitzende des U-Ausschusses 6/2 („Aktenlager Immelborn“)
Mitglied der Enquete-Kommission „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen“

Telefon: 0361/37-72675

E-Mail: madeleine.henfling@gruene-thl.de

Besuchen Sie uns auch im Social Web!



www.facebook.com/gruenethl

www.twitter.com/gruenethl

www.youtube.com/gruenethl

DIE MITARBEITERIN NEN DER FRAKTION

Geschäftsstelle



Julia Ströbel
Fraktionsgeschäftsführerin
Telefon: 0361/3772-669
E-Mail: julia.stroebel@gruene-thl.de



Ines Birkmann
Referentin der Fraktion
Telefon: 0361/3772-670
E-Mail: ines.birkmann@gruene-thl.de



Beate Blumenstein
Referentin des Fraktionsvorsitzenden
Telefon: 0361/3772-660
E-Mail: beate.blumenstein@gruene-thl.de



Beatrice Sauerbrey
*Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung,
Referentin für Europapolitik; Begleitung des Unter-
suchungsausschusses 6/2 („Aktienlager Immelborn“)*
Telefon: 0361/3772-676
E-Mail: beatrice.sauerbrey@gruene-thl.de

Pressestelle



Sebastian Arnold
*Presse- und Kommunikationsverantwortlicher
Pressesprecher*
Telefon: 0361/3772-666
E-Mail: sebastian.arnold@gruene-thl.de



Laura Eschrich
*Stellvertretende Pressesprecherin
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*
Telefon: 0361/3772-690
E-Mail: laura.eschrich@gruene-thl.de



Christian Herrmann
Referent für Veranstaltungsmanagement
Telefon: 0361/3772-654
E-Mail: christian.herrmann@gruene-thl.de

Impressum hinterGRÜNde

Fraktionszeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: 0361/3772-670

E-Mail: info@gruene-thl.de
Internet: www.gruene-thl.de

V.i.S.d.P.: Sebastian Arnold

Druckunterlagenschluss: Juni 2019
Layout, Satz: WA Kleine Arche GmbH, Erfurt

Titelfoto: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag Thüringen

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an: datenschutz@gruene-thl.de

Weitere Informationen zur Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag finden Sie in unserer aktuellen Fraktionsbroschüre: <http://gruenlink.de/19r6>

Parlamentarische Beratung



Tamer Düzyol
*Referent für die Begleitung
des NSU-Untersuchungsausschusses*
Telefon: 0361/3772-682
E-Mail: tamer.duezyol@gruene-thl.de



Christian Foß
*Referent für Kultur, Medien, Wissenschaft, Digitale Gesellschaft
und Datenschutz, für die Begleitung des UA 6/2 („Aktienlager Immelborn“)*
Telefon: 0361/3772-689
E-Mail: christian.foss@gruene-thl.de



Tino Gaßmann
*Referent für Bildung, Jugend, Religion, Aufarbeitung,
Asyl- und Migrationspolitik*
Telefon: 0361/3772-683
E-Mail: tino.gassmann@gruene-thl.de



Michael Kost
Justiziar und Referent für Justizpolitik
Telefon: 0361/3772-667
E-Mail: michael.kost@gruene-thl.de



Tobias Lange
Referent für Grundsatzfragen, Innenpolitik und Kommunales
Telefon: 0361/3772-680
E-Mail: tobias.lange@gruene-thl.de



Ralf Martin
*Referent für die Begleitung der Enquete 6/1 Rassismus, Stv.
Referent für die Begleitung des UA 6/2 („Aktienlager Immelborn“)*
Telefon: 0361/3772-679
E-Mail: ralf.martin@gruene-thl.de



Sybille Mattfeldt-Kloth
*Referentin für Begleitung des Untersuchungsausschusses 6/3
 („Möglicher Amtsmissbrauch“)*
Telefon: 0361/3772-677
E-Mail: sybille.mattfeldt-kloth@gruene-thl.de



Jan Richter
*Referent für Finanzen, Haushalt,
Wirtschaft und Tourismus*
Telefon: 0361/3772-678
E-Mail: jan.richter@gruene-thl.de



Matthias Schlegel
*Referent für Bau, Landesplanung, Verkehr, Wohnen,
Landwirtschaft, Forsten und Gentechnik*
Telefon: 0361/3772-691
E-Mail: matthias.schlegel@gruene-thl.de



Gabriele Sondermann
*Referentin für Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz,
Ernährung, Arbeit, Gleichstellung und Petitionen*
Telefon: 0361/3772-693
E-Mail: gabriele.sondermann@gruene-thl.de



Norbert Sondermann
*Referent für Energie, Klima,
Umwelt, Naturschutz und Sport*
Telefon: 0361/3772-692
E-Mail: norbert.sondermann@gruene-thl.de